LEIPZIG / MASTERDOSSIER 2027–2034

Nicht einer für alle. Sondern alle für Leipzig.

Detailliertes Maßnahmenkonzept für eine mögliche unabhängige Oberbürgermeisterkandidatur

Neun Handlungsfelder · konkrete Vorhaben · Pilotprojekte · Zuständigkeiten · messbare Ergebnisse

ARBEITSFASSUNG | 11. NOVEMBER 2026

Zur Diskussion mit Bürgerinnen und Bürgern, Fachleuten, Stadtrat, Verwaltung und weiteren Kandidierenden. Keine beschlossenen Maßnahmen, keine verbindlichen Finanzierungszusagen.

Politischer Ansatz und Arbeitsprinzip

Leipzig braucht nicht überall neue Institutionen. Dieses Konzept setzt auf die Weiterentwicklung bestehender Angebote, frühzeitige Problemlösung und die nachvollziehbare Zusammenarbeit von Stadtgesellschaft, Verwaltung und Politik.

Grundsatz: Die demokratisch gewählte Oberbürgermeisterin oder der Oberbürgermeister bleibt rechtlich verantwortlich. Ein kandidatenübergreifender Zukunftsrat kann beraten und vermitteln, aber keine gesetzlichen Befugnisse ersetzen. Eine Rotation des OBM-Amts wäre nur im Rahmen einer gesondert zu prüfenden Gesetzesänderung denkbar.

Vier verbindliche Arbeitsregeln

• Bestand vor Neubau: Zunächst vorhandene Programme, Zuständigkeiten und Förderwege erfassen.

• Recht vor Versprechen: Kommunale Zuständigkeit, Vergabe-, Haushalts- und Datenschutzrecht vor Umsetzung prüfen.

• Wirkung vor Symbolik: Für jedes Vorhaben Ausgangswert, Zielgröße und Evaluation festlegen.

• Zusammenarbeit ohne Vereinnahmung: Beteiligte bleiben unabhängig; Projekte und persönliche Netzwerke werden nicht automatisch Teil einer Kandidatur.

Entscheidungsfilter für jedes Vorhaben

Welches Problem?	Betroffene, Datenbasis und räumliche Verteilung
Wer ist zuständig?	Stadt / Land / Bund / freie Träger; Beschlussbedarf
Wie finanzieren?	Einmalige Kosten, Folgekosten, Personal, Förderung
Woran messbar?	Indikator, Startwert, Ziel, Prüftermin
Wer beteiligt?	Betroffene, Fachstellen, Stadtrat, Öffentlichkeit

Prioritätensetzung

Sofort: Wohnungssicherung, soziale Beratung, Haushalts- und Projekttransparenz. Parallel: Verwaltungserleichterung, sichere Wege und Jugendangebote. Danach: strukturelle Pilotprojekte und längerfristige Kooperationen. Diese Reihenfolge ist ein Vorschlag, keine Aussage über bereits beschlossene Haushaltsmittel.

Demokratie und Stadtverwaltung

Ausgangslage und Ziel. Viele Beteiligungswege sind vorhanden, aber für Bürgerinnen und Bürger sind Entscheidungswege, Rückmeldungen und Verantwortlichkeiten nicht immer leicht erkennbar.

01.01 Leipziger Verantwortungskonferenz

Einmal jährlich öffentliches Arbeitsforum mit Stadtrat, Verwaltung, Stadtbezirken, ausgelosten Bürgern und Verbänden. Jede Empfehlung erhält innerhalb einer festgelegten Frist eine schriftliche Antwort: angenommen, geprüft oder abgelehnt – jeweils mit Begründung.

01.02 Kandidatenübergreifender Zukunftsrat

Freiwilliges, beratendes Forum für interessierte frühere Kandidierende und Fachleute. Transparente Mitgliedschaft, veröffentlichte Protokolle, keine Vergütung ohne Beschluss und keinerlei Übertragung gesetzlicher Amtsrechte.

01.03 Öffentlicher Projektmonitor

Für große Bau-, Digital- und Infrastrukturprojekte ein einheitliches Dashboard: Budget, Planstand, Termin, Verantwortliche, Änderungen, nächste Entscheidung. Vorhandene Datenbestände und Berichtspflichten zuerst prüfen.

01.04 Bürgeranliegen nachvollziehbar bearbeiten

Ein gemeinsamer Vorgangsstatus über vorhandene Kanäle hinweg; verständliche Eingangsbestätigung, Zuständigkeitszuweisung, Rückmeldung und Eskalationsweg. Datenschutz und barrierefreie Offline-Zugänge sichern.

01.05 Zehn Verfahren vereinfachen

Mit Bürgern und Unternehmen zehn besonders belastende Genehmigungs- und Antragswege auswählen. Formulare reduzieren, Zuständigkeiten bündeln und Bearbeitungszeiten messen.

01.06 Stadtteilbudgets evaluieren und stärken

Bestehende Stadtbezirks- und Beteiligungsbudgets auswerten, Kriterien transparent machen und kleinere Projekte mit klaren Zuständigkeiten erproben.

Pilotprojekt / erste 100 Tage

Drei Stadtbezirke für ein transparentes Beteiligungs- und Rückmeldeverfahren gewinnen; ein öffentliches Muster-Dashboard für zehn Projekte entwerfen.

Verantwortung und Zusammenarbeit

Oberbürgermeisterbüro, Hauptamt, Digitalisierungsstellen, Stadtbezirksbeiräte, Stadtrat, Datenschutzbeauftragte.

Erfolgsmessung

Anteil fristgerecht beantworteter Anliegen; mittlere Bearbeitungsdauer; Zahl umgesetzter Vorschläge; öffentlich dokumentierte Beschlusswege.

Risiken und Bedingungen

Keine Parallelverwaltung schaffen; Beteiligung darf gewählte Gremien nicht ersetzen; Datenqualität und Personalbedarf vor Zusagen klären.

Wohnen und soziale Sicherheit

Ausgangslage und Ziel. Bezahlbarkeit und Wohnungsverlust sind zentrale soziale Fragen. Vorrang haben präventive Hilfe, wirksame Vermittlung und langfristige Bindungen statt isolierter Einzelaktionen.

02.01 Wohnungsverlust früher verhindern

Vorhandene Fachstellen für Wohnungsnotfallhilfe, Sozialleistungen und Schuldnerberatung zu einer abgestimmten Fallkette verbinden. Freiwillige Kontaktaufnahme vor Eskalation; nur mit geeigneter Rechtsgrundlage und Einwilligung Daten austauschen.

02.02 Kommunale Grundstücke sozial vergeben

Bei geeigneten Flächen Konzeptvergabe, Erbbaurecht und langfristige Mietpreis-/Belegungsbindungen gegen kurzfristige Erlösziele abwägen. Jede Entscheidung auf Haushalts- und Wohnungsmarktwirkung prüfen.

02.03 Leerstände nutzbar machen

Leerstandsdaten rechtssicher erfassen, Eigentümer ansprechen, baurechtlich mögliche Umnutzungen und Zwischennutzungen begleiten; keine pauschale Annahme, dass jede Fläche sofort wohnfähig ist.

02.04 LWB und Genossenschaften koordinieren

Regelmäßige gemeinsame Bestands- und Neubaugespräche zu sozialem Wohnraum, Sanierungsfolgen, Barrierefreiheit und Belegungsrechten. Eigentümerautonomie und Wirtschaftlichkeit beachten.

02.05 Freiwilliger Wohnungstausch

Mit Wohnungsunternehmen Modelle erproben, bei denen ältere oder kleinere Haushalte ohne finanziellen Nachteil passende Wohnungen finden können; Umzugshilfe und Beratung prüfen.

02.06 Beratung im Quartier

Vorhandene Sozialberatungsangebote auf Lücken, Wartezeiten und Erreichbarkeit untersuchen; mobile Sprechstunden oder gemeinsame Termine an stark belasteten Standorten erproben.

Pilotprojekt / erste 100 Tage

Mit interessierten Vermietern und Beratungsstellen ein freiwilliges Mietschulden-Präventionsnetzwerk konzipieren; Datenschutz- und Einwilligungsmodell vorab prüfen.

Verantwortung und Zusammenarbeit

Sozialamt, Wohnungsamt, LWB, Genossenschaften, freie Träger, Schuldnerberatung, Jobcenter im jeweiligen Zuständigkeitsrahmen.

Erfolgsmessung

Vermeidbare Wohnungsverluste, Zeit bis zum Erstkontakt, erfolgreich stabilisierte Mietverhältnisse, zusätzlich gesicherte Sozialbindungen.

Risiken und Bedingungen

Kein automatischer Zugriff auf Mietdaten; Eigentumsrechte, Haushaltslage und Bundes-/Landesrecht beachten.

Kultur und öffentlicher Raum

Ausgangslage und Ziel. Kultur ist Teil der Lebensqualität und Wirtschaftskraft Leipzigs. Freie Szene und kommunale Einrichtungen brauchen verlässliche Bedingungen bei angespannten Haushalten.

03.01 Kulturorte langfristig sichern

Gefährdete Spielstätten, Clubs und Ateliers mit Eigentümern und Betreibern frühzeitig erfassen; rechtlich und finanziell mögliche Nutzungsvereinbarungen vermitteln.

03.02 Kulturraum-Pool für Leerstände

Ein digitales und analoges Verzeichnis freiwillig angebotener Räume mit Nutzung, Mietbedingungen, Sicherheit, Haftung und Kontaktstelle aufbauen.

03.03 Kleine Förderanträge vereinfachen

Bestehende Förderprogramme nach Aufwand und Zugänglichkeit prüfen; für kleine Fördersummen standardisierte Anträge und transparente Kriterien entwickeln.

03.04 Öffentlichen Raum niedrigschwellig nutzen

Kleine nichtkommerzielle Formate durch abgestimmte Verfahren zwischen Ordnungsamt, Kulturamt und weiteren Stellen erleichtern; Lärm-, Sicherheits- und Anwohnerinteressen berücksichtigen.

03.05 Kultur in Schulen und Quartieren

Künstler, Schulen, Jugendclubs und Stadtteilzentren für regelmäßige Werkstätten vernetzen; vorhandene Programme statt neuer Parallelförderung nutzen.

03.06 Kulturwirtschaft sichtbar machen

Clubs und Veranstalter als Arbeitgeber, Ausbildungsorte und Teil der Nachtökonomie in Wirtschafts- und Stadtentwicklungsdialoge aufnehmen.

Pilotprojekt / erste 100 Tage

Ein offenes Raumkataster als freiwilliges Pilotprojekt für fünf bis zehn zeitlich begrenzte Kultur-Nutzungen starten.

Verantwortung und Zusammenarbeit

Kulturamt, Liegenschaftsamt, Wirtschaftsförderung, Eigentümer, freie Szene, Schulen, Ordnungsbehörden.

Erfolgsmessung

Vermittelte Räume, Nutzungsdauer, Antragstage, erreichte Stadtteile, Anteil gesicherter Kulturorte.

Risiken und Bedingungen

Brandschutz, Lärm, Haftung, Finanzierung und gleichberechtigter Zugang müssen vor Nutzungsbeginn geklärt sein.

Arbeit und lokale Wirtschaft

Ausgangslage und Ziel. Kleine Unternehmen, Gastronomie, Handwerk und Gründer benötigen verständliche Verfahren und verlässliche Ansprechpartner; gleichzeitig sind Gewerbesteuereinnahmen schwankungsanfällig.

04.01 Regelmäßiger Mittelstandsdialog

Vierteljährlich konkrete Problemfälle mit Handwerk, Gastronomie, Einzelhandel und Solo-Selbstständigen bearbeiten. Ergebnisse, zuständige Stellen und Fristen öffentlich dokumentieren.

04.02 Gründungslotse

Bestehende Beratung von Kammern, Wirtschaftsförderung und Behörden auf einer leicht verständlichen Startseite mit persönlichem Kontaktweg bündeln.

04.03 Hochschulwissen lokal einsetzen

Kommunale Aufgaben als Praxisprojekte an Hochschulen ausschreiben; wissenschaftliche Unabhängigkeit und faire Vergütung beachten.

04.04 Kommunale Vergaben zugänglicher machen

Ausschreibungen verständlicher darstellen, Marktdialoge anbieten und kleinere Lose im gesetzlichen Rahmen prüfen; Wettbewerb und Vergaberecht strikt wahren.

04.05 Ausbildungspartner verbinden

Schulen, Berufsschulen und Betriebe für Praxistage, Praktika und Übergänge in Ausbildung koordinieren; bestehende Programme einbeziehen.

04.06 Stadtteilgewerbe stabilisieren

Erdgeschossleerstände erfassen, freiwillige Vermittlung organisieren und lokale Dienstleistungen in Quartiersentwicklungsplänen berücksichtigen.

Pilotprojekt / erste 100 Tage

Zehn kleine Betriebe begleiten und deren behördliche Wege dokumentieren; daraus einen Gründungs- und Genehmigungsleitfaden ableiten.

Verantwortung und Zusammenarbeit

Amt für Wirtschaftsförderung, Kammern, Gewerbeämter, Hochschulen, Schulen, Verbände.

Erfolgsmessung

Bearbeitungszeiten, Zahl gelöster Hindernisse, Teilnahme kleiner Betriebe, vermittelte Praktika, aktivierte Gewerbeflächen.

Risiken und Bedingungen

Keine Bevorzugung einzelner Unternehmen; Fördermittel- und Beihilferecht beachten; neue Stellen nur mit Finanzierung.

Pflege, Gesundheit und Zusammenleben

Ausgangslage und Ziel. Pflegebedürfnisse und Lebensrhythmen sind unterschiedlich. Die Kommune kann Versorgungspartner koordinieren, aber nicht eigenständig die gesetzlichen Aufgaben von Pflegekassen und Kassenärztlicher Vereinigung übernehmen.

05.01 Lebensphasenorientierte Dienstpläne erproben

Mit freiwilligen Pflegediensten Dienstplanmodelle entwickeln, die Eltern, Studierende, ältere Beschäftigte und andere Lebenssituationen berücksichtigen; arbeitsrechtliche und pflegefachliche Mindeststandards sichern.

05.02 Quartiershilfe vernetzen

Pflegeberatung, Nachbarschaftshilfe, Ehrenamt und soziale Träger in Stadtteilen sichtbar verbinden; bestehende Angebote und Kapazitäten zuerst erfassen.

05.03 Einsamkeit vorbeugen

Begegnungsstätten und generationenübergreifende Angebote auf Erreichbarkeit und Öffnungszeiten prüfen; Kooperationen mit Kultur und Sport ermöglichen.

05.04 Versorgungslücken transparent machen

Mit Kassenärztlicher Vereinigung, Kliniken und Gesundheitsamt über erreichbare Versorgung, Terminprobleme und Prävention beraten.

05.05 Pflegende Angehörige entlasten

Ein leicht verständliches Wegweisersystem für Kurzzeitpflege, Tagespflege, Beratungs- und Entlastungsleistungen entwickeln.

05.06 Barrierefreiheit mit Betroffenen prüfen

Regelmäßige Begehungen öffentlicher Gebäude, Haltestellen und digitaler Dienste mit Menschen mit Behinderungen; Prioritätenliste veröffentlichen.

Pilotprojekt / erste 100 Tage

Zwei freiwillige Pflegeanbieter für ein zwölfmonatiges Dienstplan-Pilotprojekt gewinnen; vorab Versorgungsqualität und Personalzufriedenheit als Baseline messen.

Verantwortung und Zusammenarbeit

Sozialamt, Gesundheitsamt, Pflegeanbieter, Pflegekassen, Kassenärztliche Vereinigung, Behindertenbeauftragte.

Erfolgsmessung

Dienstplanstabilität, Krankenstand (aggregiert), Personalzufriedenheit, Beratungswartezeiten, dokumentierte Barrieren.

Risiken und Bedingungen

Datenschutz, Arbeitszeitgesetz, Fachkräftemangel und Sicherstellung der Versorgung haben Vorrang.

Mobilität und Klimaanpassung

Ausgangslage und Ziel. Alltagswege sollen sicher, erreichbar und bezahlbar bleiben. Klimaanpassung betrifft Haltestellen, Schulwege, Plätze und Wohnquartiere unmittelbar.

06.01 Straßenraum gemeinsam planen

Bei konkreten Umbauten Anwohner, ÖPNV, Rad- und Fußverkehr, Lieferdienste und Gewerbe früh einbinden; Entscheidungen auf Verkehrssicherheit und Erreichbarkeit stützen.

06.02 ÖPNV-Zuverlässigkeit priorisieren

Mit LVB Anschlussqualität, Pünktlichkeit, Barrierefreiheit und Störungsinformationen auswerten; Verbesserungspakete vor neuen Großversprechen definieren.

06.03 Schulwege sicherer machen

Gefahrenpunkte mit Schulen, Eltern, Polizei und Verkehrsplanung erfassen; kurzfristige Markierungen und bauliche Maßnahmen nach Priorität prüfen.

06.04 Lieferzonen und Quartierslogistik

Zeitlich flexible Ladezonen und freiwillige gebündelte Liefermodelle in geeigneten Straßen erproben.

06.05 Hitzeinseln entschärfen

Schatten, Trinkwasser, Entsiegelung und Baumstandorte an besonders belasteten Plätzen priorisieren; Pflegekosten mitdenken.

06.06 Technologie mit Nutzen testen

Neue Mobilitätsangebote nur bei nachweisbarem Mehrwert, zugänglicher Nutzung und zeitlich begrenzter Evaluation fördern.

Pilotprojekt / erste 100 Tage

Ein Quartier als Mobilitäts- und Hitzeschutzlabor auswählen; Sicherheitslage, Aufenthaltsqualität und ÖPNV-Anbindung vor und nach Maßnahmen vergleichen.

Verantwortung und Zusammenarbeit

Verkehrs- und Tiefbauamt, LVB, Schulen, Polizei, Stadtgrün, Quartiersakteure.

Erfolgsmessung

Unfälle/Gefahrenstellen, Pünktlichkeit, barrierefreie Zugänge, Hitzeexposition, Zufriedenheit vor Ort.

Risiken und Bedingungen

Interessenkonflikte offenlegen; Straßenverkehrsrecht, Bauzeiten, Folgekosten und Förderbedingungen prüfen.

Jugend, Bildung und Sport

Ausgangslage und Ziel. Jugendliche benötigen Räume und wirksame Mitsprache. Bestehende Bildungs-, Jugendhilfe- und Sportangebote sollen bei knappen Mitteln zunächst abgesichert werden.

07.01 Jugendbeteiligung wirksam machen

Jugendforen mit klaren Antragswegen zu zuständigen Ausschüssen verknüpfen; für Vorschläge eine begründete Rückmeldung garantieren.

07.02 Schulräume außerhalb des Unterrichts nutzen

Mit Schulträgern und Vereinen Öffnungen für Sport, Kultur und Nachbarschaft prüfen; Hausrecht, Aufsicht, Reinigung und Finanzierung klären.

07.03 Breitensport erleichtern

Sportstättenbelegung transparenter machen, barrierearme Zugänge fördern und niederschwellige Vereinsangebote vermitteln.

07.04 Berufsorientierung vernetzen

Praxisangebote zwischen Schulen, Betrieben, Hochschulen und sozialen Einrichtungen bündeln; insbesondere Jugendliche ohne bestehende Netzwerke erreichen.

07.05 Jugendkultur ermöglichen

Proberäume, offene Bühnen und selbstorganisierte Veranstaltungen über bestehende Kultur- und Jugendhäuser unterstützen.

07.06 Angebote vor Ausbau schützen

Gefährdete Jugendhilfe- und Freizeitangebote anhand Nutzung, sozialer Lage und Wirkung prüfen, bevor neue Strukturen geschaffen werden.

Pilotprojekt / erste 100 Tage

Ein Jugendforum mit festem Antwortweg zum zuständigen Ausschuss und einem kleinen, transparent vergebenen Projektbudget vorbereiten.

Verantwortung und Zusammenarbeit

Jugendamt, Schulverwaltungsamt, Sportamt, Jugendparlament/-gremien, Schulen, Vereine, freie Träger.

Erfolgsmessung

Beteiligte Jugendliche, beantwortete Vorschläge, nutzbare Raumstunden, erreichte Zielgruppen, gesicherte Angebote.

Risiken und Bedingungen

Jugendschutz, Aufsicht, gerechter Zugang, Datenschutz und laufende Betriebskosten sichern.

Leipzig und die Welt

Ausgangslage und Ziel. Internationale Kontakte sollen mehr konkrete Kooperationen ermöglichen, ohne lokale Bedürfnisse und die finanzielle Lage der Stadt zu übergehen.

08.01 Städtepartnerschaften projektorientiert nutzen

Mit Partnerstädten jährliche Themenprojekte zwischen Schulen, Vereinen, Kultur und Wissenschaft vereinbaren und deren Ergebnisse öffentlich darstellen.

08.02 Internationale Studierende halten

Orientierung zu Arbeit, Verwaltung und Engagement gemeinsam mit Hochschulen und Arbeitgebern verbessern; Aufenthaltsrechtliche Zuständigkeiten beachten.

08.03 Kulturaustausch in Stadtteilen

Internationale Begegnungen in Bibliotheken, Schulen, Kulturhäusern und Quartieren statt ausschließlich in repräsentativen Formaten ermöglichen.

08.04 Mittelstand international vernetzen

Bestehende Kammer- und Wirtschaftsförderungsstrukturen für konkrete Kooperationen kleiner Unternehmen nutzen.

08.05 Wissenschaft in die Praxis bringen

Hochschulen zur Bearbeitung kommunaler Aufgaben einladen; transparente Projektbedingungen und unabhängige Evaluation.

08.06 Mehrsprachige Orientierung

Wichtige Informationen zu Verwaltung, Bildung, Wohnen und Beteiligung verständlich und mehrsprachig bereitstellen.

Pilotprojekt / erste 100 Tage

Eine Leipziger Projektwerkstatt mit zwei internationalen Partnerstädten und lokalen Initiativen als ergebnisorientiertes Treffen vorbereiten.

Verantwortung und Zusammenarbeit

Referat Internationale Zusammenarbeit, Hochschulen, Wirtschaftsförderung, Kulturakteure, Städtepartner.

Erfolgsmessung

Tatsächlich gestartete Kooperationen, Teilnehmende, Folgekosten, erreichte Zielgruppen, praktische Ergebnisse.

Risiken und Bedingungen

Keine Vermischung kommunaler Aufgaben mit privaten Projekten; Reise- und Repräsentationskosten offenlegen.

Haushalt, Finanzierung und Kontrolle

Ausgangslage und Ziel. Die Haushaltslage setzt jeder Agenda Grenzen. Es braucht Prioritäten, Folgekostenkontrolle und ehrliche Kommunikation darüber, was kommunal leistbar ist.

09.01 Haushaltsradar für Bürger

Haushaltsentwurf, Investitionsvorhaben und wesentliche Änderungen in verständlichen Übersichten erläutern; amtliche Daten und Beschlüsse verlinken.

09.02 Jedes Projekt mit Kostenblatt

Einmalige Kosten, jährliche Folgekosten, Personal, Risiken, Fördermittelabhängigkeit und mögliche Alternativen standardisiert ausweisen.

09.03 Vorhandene Angebote zuerst prüfen

Vor neuen Programmen untersuchen, ob bestehende Leistungen wirksamer koordiniert oder vereinfacht werden können.

09.04 Fördermittel realistisch kalkulieren

Nur bewilligte oder belastbar erwartbare Mittel einplanen; Eigenanteile, Vorfinanzierung und spätere Betriebskosten offenlegen.

09.05 Wirkung nach zwölf Monaten prüfen

Pilotprojekte mit Anfangswerten, Zwischenbericht und klarer Entscheidung: fortführen, anpassen oder beenden.

09.06 Beschlüsse transparent nachverfolgen

Zu großen politischen Vorhaben Verantwortliche, Fristen und Abweichungen öffentlich dokumentieren, ohne vertrauliche Informationen offenzulegen.

Pilotprojekt / erste 100 Tage

Ein einheitliches einseitiges Kosten- und Wirkungsblatt für zehn laufende oder geplante Maßnahmen erarbeiten.

Verantwortung und Zusammenarbeit

Finanzdezernat, Rechnungsprüfung, Fachämter, Stadtrat, Kämmerei und Beteiligungsmanagement.

Erfolgsmessung

Anteil vollständig kalkulierter Vorhaben, Kostentreue, veröffentlichte Wirkungsberichte, Zahl beendeter unwirksamer Pilotprojekte.

Risiken und Bedingungen

Haushaltsrecht und Pflichtaufgaben haben Vorrang; Sparpotenziale nicht ohne belastbare Kalkulation behaupten.

Umsetzungsfahrplan: 100 Tage bis 2034

Vor einer Kandidatur	Wählbarkeit, Fristen, Unterstützungsanforderungen und Finanzierungsregeln amtlich bestätigen; Interessen und mögliche Konflikte offenlegen.
Erste 100 Tage nach Amtsantritt	Bestandsaufnahme laufender Programme; Gespräche mit Stadtrat und Fachämtern; zehn Verfahren und zehn Projekte für Transparenzpilot auswählen; Pilotpartner ansprechen.
Jahr 1	Drei Stadtteil-Beteiligungspiloten, Wohnungssicherungsnetzwerk und Kulturraum-Pool vorbereiten; Kosten-/Wirkungsblätter einführen.
Jahre 2–3	Erfolgreiche Pilotprojekte nach Evaluation erweitern; Jugend- und Pflegekooperationen etablieren; erste jährliche Verantwortungskonferenz.
Jahre 4–5	Langfristige Wirkungen bei Wohnen, Mobilität, Verwaltung und Sozialversorgung prüfen; Prioritäten an Haushalt und Daten anpassen.
Jahre 6–7	Unabhängige Bilanz, öffentliche Rechenschaft und Übergabe der dokumentierten Ergebnisse an nächste Stadtführung.

Verantwortung ist nicht gleich Zuständigkeit

OBM und Verwaltung können koordinieren und Vorschläge einbringen. Über Haushalt und viele politische Grundsatzentscheidungen entscheidet der Stadtrat. Weitere Themen liegen beim Land, Bund oder eigenständigen Trägern. Deshalb sind die Maßnahmen als Prüf- und Umsetzungsvorschläge formuliert, nicht als einseitige Zusagen.

Bewusst getrennt: Kandidatur und COMMINTION

COMMINTION und seine Projekte bleiben unabhängig. Eine Kandidatur darf weder deren Unterstützer automatisch politisch vereinnahmen noch öffentliche Ressourcen für private Projektinteressen einsetzen. Etwaige persönliche oder institutionelle Interessenkonflikte sind offen zu legen.

Prüfmatrix für die nächste Arbeitsfassung

Wohnungssicherung	Bestehende Fachstellen, Fallzahlen, datenschutzrechtliche Grundlage, Trägerzusagen
Projektmonitor	Datenlage, IT-Kosten, Berichtspflichten, Zuständigkeit
Kulturraum-Pool	Raumangebot, Brandschutz, Versicherung, Genehmigungen
Gründungslotse	Bestehende Kammer- und Verwaltungsangebote, tatsächliche Prozessdauer
Pflege-Dienstpläne	Freiwillige Träger, Arbeitszeitrecht, Qualitätsindikatoren
Mobilitätslabor	Straßenverkehrsrecht, Unfalllage, LVB, Kosten und Bauzeiten
Jugendforum	Bestehende Beteiligungsgremien, Jugendschutz, Budgetkompetenz
Internationale Werkstatt	Partnerzusagen, konkrete Ergebnisse, Reisekosten
Haushaltsradar	Aktuelle Haushaltsbeschlüsse, Finanzdaten, laufende Kosten

Quellen- und Datenstand

Konzeptionelle Grundlage sind die neun Themenkomplexe aus dem vorausgehenden Gespräch. Dort genannte Zahlen und Problembeschreibungen – insbesondere Bürgerumfrage 2025, Haushaltsentwurf 2027/28, Kultur-Einsparungen und Mobilitätsanteile – sind vor externer Veröffentlichung anhand aktueller amtlicher Originalquellen zu verifizieren. Dieses Dossier verzichtet daher bewusst auf ungeprüfte Zahlenbehauptungen.

Empfohlene Primärquellen: Stadt Leipzig – Kommunale Bürgerumfrage und Statistisches Jahrbuch (statistik.leipzig.de); Ratsinformationssystem Leipzig und Haushaltsunterlagen; Integriertes Stadtentwicklungskonzept; Sozialreport; Verkehrs- und Mobilitätsberichte; Sächsische Gemeindeordnung; zuständige Fachämter und kommunale Beteiligungen.

LEITGEDANKE

Eine Wahl entscheidet, wer Verantwortung trägt. Sie muss nicht entscheiden, wessen Ideen künftig noch zählen.